

Niklas Guhr 13. Jahrgang

Ahornstr. 34, 25474 Bönningstedt

n.guhr@gmx.de

Lehrerin: Frau Langhans

Elsensee Gymn. Heidkampstr. 10, 25451 Quickborn

elsensee-gymnasium.quickborn(at)schule.landSH.de

Philosophie Essay Thema III

"Was ist die Mehrheit? Mehrheit ist der Unsinn, / Verstand ist stets bei wen'gen nur gewesen./ [...] / Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen; / Der Staat muß untergehen, früh oder spät, / Wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet."

Friedrich Schiller

"Zwei Dinge sind unendlich, das Universum und die menschliche Dummheit, aber bei dem Universum bin ich mir noch nicht ganz sicher." Zitat von Albert Einstein

Einstein ist ein genialer Denker seiner und unserer Zeit. Doch ist seine Behauptung über die Intelligenz seiner Mitmenschen wahr? Das Ziel des nachfolgenden Essays ist die Fragestellung über die Existenz der von ihm genannten Dummheit und der sich daraus ergebenden Probleme bei der Staatenbildung. Unter Berücksichtigung dessen wird versucht, das bestmögliche Staatenmodell zu entdecken. Hierfür möchte ich die These aufstellen, dass Mehrheitsentscheidungen nicht zwangsläufig erforderlich und teilweise sogar hinderlich für einen Staat mit gleichberechtigten Bürgern sein können.

Dass die Menschen dazu neigen, sowohl als Individuen als auch als Gesamtheit, Fehler zu begehen, erschließt sich schon beim Blick in die jüngste Vergangenheit, wo Unmengen an Geldsummen verschwendet, sowie schreckliche Kriege geführt wurden. Doch wer ist für Derartiges verantwortlich? Gibt es einen Weg, die Politik und den Staat vor solcher Dummheit zu schützen?

Die uns nächste Staatsform ist offenkundig die Demokratie. Jeder hat das Recht, seine Meinung kundzutun und somit einen Teil des Staates - zumindest teilweise - über Abgeordnete und Vergleichbares zu kontrollieren. Doch wie viele von diesen Menschen haben tatsächlich die Fähigkeit eine kluge Wahl für die Regierung zu treffen?

Ist es in Ordnung, wenn Menschen über ihr eigenes Schicksal entscheiden, obwohl sie damit vielleicht eine falsche Entscheidung treffen? Wenn man auf die Willensfreiheit achtet, vermutlich ja. Jedoch verursachen Sie damit in ihrem Staat auch Fehlentscheidungen. Sie schaden dadurch vielen anderen Menschen. Die eigenen egoistischen Bedürfnisse über das Beste für den Staat zu stellen, ist moralisch ungerecht.

Die Gerechtigkeit im Speziellen lässt sich schwer erkennen, da sie stark von der subjektiven Betrachtung, der damit verbunden Individuen abhängt. Deutlich leichter ist es jedoch, eine allgemeine Definition für die Gerechtigkeit im Staat aufzustellen.

Nach Platon herrscht Gerechtigkeit, wenn jeder dem Staat so dient, dass dem Staat möglichst effizient geholfen wird. Alle tun das, was sie am besten können und helfen somit der Allgemeinheit, soweit es in ihrer Macht steht.

Nun ist es verständlich, dass nicht jeder die Fähigkeiten besitzt, einen ganzen Staat zu leiten. Bei einer demokratischen Wahl ist dies - aus der Definition heraus - jedoch zwangsläufig immer der Fall. Realistisch betrachtet, kommt man zu der Erkenntnis: Die Mehrheit eines Staates ist nicht immer dazu in der Lage, kluge Entscheidungen zu treffen. Sie treffen wichtige Beschlüsse aus dem Moment heraus und einzig des persönlichen Vorteils wegen, ohne über die Folgen nachzudenken. Ein Beispiel dafür wäre die Entstehung des Dritten Reiches, welches auf demokratischem Weg aus der Weimarer Republik hervorging. Viel zu wenige besaßen den Verstand, sich nicht dem Wahnsinn des Nationalsozialismus anzuschließen.

So wurden diejenigen - die den Staat eigentlich hätten führen sollen - vernichtet, während die unfähige Mehrheit zum Leidwesen aller die Macht besaß, die sie nie hätte erhalten sollen.

Doch wenn nicht die Menschen über ihren Staat entscheiden, wer dann? Es geht keineswegs darum, dass die Menschen unterjocht und in ihren Entscheidungen entmündigt werden, sondern darum, dass keine oder möglichst wenig Fehler gemacht werden. Es sollten nur diejenigen die Entscheidungen über das Wohl der Allgemeinheit treffen, welche die erforderliche Kenntnis besitzen. Dies geschieht nicht zum Schaden der Mehrheit, sondern zu ihrem Schutz. Ähnlich wie ein Kind an die Hand genommen wird, um es zu führen, da es viele seiner Entscheidungen aus Mangel an Wissen und Erfahrung nicht alleine treffen kann.

Wenn jeder das tut, was er am besten kann, ist dies zwangsläufig kein demokratisches Modell mehr. Es ist vielmehr eine Expertokratie. Dabei handelt es sich, wie der Name schon sagt, um einen von Experten geleiteten Staat. Im platonischen Einheitsstaat zieht sich dieses Modell durch alle Stände, von den herrschenden Philosophen über die tapferen Krieger bis hin zu den besonnenen Handwerkern und Bauern. Führend ist jedoch die Frage: Wer entscheidet, wer was am besten kann? Weder kann die Mehrheit einen Herrscher wählen, noch kann sich jeder seine Tätigkeit selbst aussuchen. Dies geht aus der zuvor vorausgesetzten Dummheit der Menschen hervor. Es müsste versucht werden einen Test - der über die Fähigkeiten eines jeden Einzelnen entscheidet - zu entwickeln. Doch wie sollte dieser aufgebaut sein? Insofern ist der Platonische Staat zwar ein gutes Prinzip, da in ihm das Volk gut behandelt wird und hypothetisch keine Fehler gemacht werden können. Jedoch ist es nahezu unmöglich dieses Staatsprinzip zu etablieren, ohne dass eben jene Fehlerhaftigkeit des menschlichen Handelns Konsequenzen hat.

Neben der praktischen Umsetzbarkeit hat das System noch ein Problem ethischer Natur. Inwieweit ist es gerechtfertigt, dass Menschen über andere Menschen bestimmen, ohne dass diese mitwirken können? Dabei ist es zunächst unwichtig, ob sie überhaupt dazu in der Lage wären. Es geht nur um das moralische Recht, darum ob eine kleine Minderheit zum Wohl der Allgemeinheit über die Mehrheit herrschen darf. Dies ist aus unserer heutigen Sicht ein offensichtlicher Bruch mit der Menschenwürde. Dies ist das wichtigste Argument für die Demokratie. Es scheint nicht gerecht zu sein, wenn Wenige alle Macht an sich reißen.

Jedoch lässt sich durchaus die Frage stellen, ob die Unterschiede eines solchen Staates zu der modernen Politik der westlichen Staaten tatsächlich so groß ist, wie es scheint? Auch in Deutschland herrschen einige Wenige über die Mehrheit. Sicherlich wurden die Politiker von den Menschen aufgrund ihrer versprochenen Zielsetzungen gewählt. Doch es ist zugleich eine allgemeine unangenehme Erkenntnis, dass diese Versprechungen nur allzu oft nicht eingehalten werden. Korruptionsvorwürfe und Skandale gehören in den Medien nahezu zum Alltag. Selbstverständlich kann man dies nicht auf alle Angehörigen der Regierungen beziehen. Es gibt bestimmt viele, die sich aus bestem Gewissen und Überzeugung nach Kräften bemühen, die Wünsche ihrer Wähler zu erfüllen. Dennoch kann in einer Demokratie leicht eine Krankheit wie der Radikalismus ausbrechen, welcher nicht weniger katastrophale Auswirkungen hat, als in anderen Staatsformen. Auch in Deutschland stellen die rechtsradikalen Parteien eine nicht zu unterschätzende Bedrohung dar, werden jedoch oftmals aufgrund ihrer niedrigen Prozentanteile ignoriert. Auf Stimmen umgerechnet, kommen jedoch teilweise sehr hohe Wählerzahlen zustande.

Eine solche Entwicklung muss jedoch nicht zwangsläufig stattfinden. Wenn Menschen eine offensichtlich - nach allgemeiner Meinung - dumme Entscheidung treffen würden, ist es nur gerechtfertigt, wenn die klügeren Menschen jene Anderen entmachten. Es gibt derzeit das NPD-Verbotsverfahren. Dies zeigt, dass man durchaus aus Fehlern lernen kann. Auch wenn die ganze Situation noch in der Entwicklung ist, betrachte ich sie in jedem Fall als eine positive Entwicklung. Die Mehrheit hat bei der Einleitung des Verfahrens einen klugen Entschluss gefasst.

Der Rechtsradikalismus ist natürlich nur ein Beispiel. Die mir gegebene Vorstellung, dass ein Staat, welcher von der Mehrheit regiert wird, zwangsläufig untergeht, beruht jedoch hauptsächlich auf vermeintlichen Kleinigkeiten.

Ein Beispiel aus der momentanen Politik wäre die Energiewende. Niemand mag Atomkraftwerke, da sie bekanntermaßen gefährlich sein können. Deswegen befürwortet nahezu jeder deutscher Bürger den Bau von Windkraftwerken. Wenn jedoch ein Kraftwerk dieser Art gebaut werden soll, gibt es massive Protestaktionen von allen in der Nähe lebenden Einwohnern, ganz zu schweigen von den höheren Kosten für Energie aus der Steckdose und dem Verlauf der Stromtrassen.

Dasselbe Phänomen beobachtet man auch bei Atommüllendlagern, Industrieanlagen und Ähnlichem. Jeder befürwortet die Einrichtungen, will aber gleichzeitig nicht das Geringste mit ihnen zu tun haben. Fast niemand sieht ein, dass, wenn diese Dinge nicht irgendwo gebaut werden können, auf die daraus resultierenden Annehmlichkeiten zwangsläufig verzichtet werden muss. Die meisten Menschen sind blind für die Welt jenseits ihres eigenen Lebens und die Konsequenzen ihrer Taten, selbst wenn es sich bei diesen nur um kindischen Widerwillen handelt. Sie betrachten sich selbst - auf das Beispiel bezogen - viel lieber als Gutmenschen, die sich für Windkraft einsetzen, als sich die Frage zu stellen, warum eigentlich nur andere die unangenehmen Folgen tragen sollen. Dass sie damit eine Katastrophe auslösen könnten, die den gesamten Staat gefährdet, beachten sie nicht.

Aus diesem Grund muss es eine intelligente Regierung geben, die eine klare Entscheidung trifft, gegebenenfalls auch gegen den Willen der Mehrheit.

Nun kann man natürlich einwenden, dass die Menschen aus ihren Fehlern lernen. Dies stimmt - wie oben festgestellt wurde - in bestimmten Situationen auch. Doch inwieweit ist es gerechtfertigt, Fehler mit erheblichen Konsequenzen zuerst zu begehen, nur damit daraus später ein Lern-Fortschritt entsteht, den man auch anderweitig hätte erreichen können?

Alles was von Nöten wäre, ist einzusehen, dass andere vielleicht ein klareren Blick auf die Ereignisse der Gegenwart haben könnten, als man selbst. Diese Erkenntnis ist in unserer heutigen Gesellschaft schwierig geworden, weil der natürliche Wunsch nach Macht, den die meisten Menschen verspüren, dies verhindert. Dies leider auch auf den Gebieten, von denen wir vielleicht nichts verstehen und wissen.

Wenn von einer wirklich fachkundigen Minderheit der beste Entschluss gefasst werden würde, müsste die Mehrheit lediglich damit leben können. Langfristig wäre damit ein großer Schritt in Richtung eines besseren gesellschaftlichen Systems getan. Bedauerlicherweise ist die Mehrheit zu langfristigem Denken aufgrund ihrer Genusssucht nicht in der Lage. Das Streben der meisten Menschen ist immer nur auf das eigene kurze Vergnügen ausgerichtet. Dabei neigen sie dazu zu vergessen, was sie damit sich selbst und anderen in der Zukunft antun. Gesetze lassen sie zwar davor zurückschrecken, anderen direkten Schaden zuzufügen. Aber es gibt dennoch mehr als genügend Möglichkeiten die Leistung der Gesellschaft für die Zukunft zu schmälern.

Was ist der Sinn einer Gesellschaft? Der Fortschritt des menschlichen Lebens und der damit verbundenen Dinge. Hierbei verstehe ich unter Fortschritt ein besseres Leben für die nachfolgenden Generationen. Dabei macht es realistisch gesehen wenig Sinn, auf einzelne Menschen und ihre Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen, wenn ihre persönlichen Probleme langfristig den Gewinn für die Gesamtheit verhindern.

Aus diesem Grund ist die einzige rationale Entscheidung eine Übertragung der Macht auf diejenigen, die sie am besten nutzen können. Dabei teile ich die technokratische Ansicht, dass Naturwissenschaftler und Ingenieure hierfür am besten geeignet sind, da sie am meisten Erfahrung mit abstraktem Denken und der Bedienung von kybernetischen Systemen haben. Selbstverständlich sollten aber alle Zugriff auf Entscheidungsämter haben, solange es ihren Fähigkeiten entspricht. Alle Menschen sind demnach auch dann gleichberechtigt, wenn der Mehrheit ihre Entscheidungsgewalt entzogen wird. Denn Gleichheit herrscht dort, wo alle die gleichen Chancen haben etwas zu erreichen. Ein weiterer Grund, warum zukünftige Generationen einen großen Gewinn davontragen würden.

Insofern sprechen nahezu alle Argumente dafür, dass die Mehrheit nicht das Recht hat Entscheidungen zu treffen, sondern diese von denjenigen getroffen werden sollten, die erkennen können, was der Gesellschaft nützt und deren Entwicklung im Interesse aller, vorantreibt.

Die Anfangs aufgestellte These, dass Mehrheitsentscheidungen nicht in einen gerechten, modernen Staat passen, ist damit für mich belegt.

Ich versichere, dass ich die Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt habe und alle Entlehnungen als solche gekennzeichnet habe.

Niklas Gühr